BUNDESROMAVERBAND

Bundes Roma Verband e.V.
Am Leinekanal 4
37073 Göttingen
T: 0551 – 388 7633
mail@bundesromaverband.de
www.bundesromaverband.de

Beiträge des BRV für die Anhörung zur Umsetzung der EU-Roma-Strategie am 16.09.2021

Diskussionsforum 1: Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe

Antidiskriminierung basiert auf der Arbeit mit der Mehrheitsbevölkerung. Insbesondere müssen Mitarbeiter_innen von Behörden und Verwaltungen, sowie auch Personen, die im sozialen Bereich und im Bildungsbereich arbeiten oder arbeiten werden, während ihrer Ausbildung und durch Weiterbildungen aufgeklärt und sensibilisiert werden. Langfristig werden Rassismus und Diskriminierung auf institutioneller Ebene so abgebaut.

Roma sind stark von Rechtsextremismus betroffen. Wenn Roma durch Rechtsextreme geschädigt oder ermordet werden, wird das medial nicht erwähnt, wie z.B. der Messerangriff auf eine Romni in der Berliner U-Bahn und die Attentate in München und Hanau gezeigt haben.
Es ist wichtig, dass Roma Schutzräume schaffen, um sich über Rechtsextremismus zu informieren, Weiterbildungen zu erhalten, wie sie Rechtsextremismus erkennen, wo sie sich über ihre Erfahrungen mit Bedrohungen oder Übergriffen austauschen und Unterstützung bekommen.

Die Unterstützung der Personen, die Diskriminierung erleben oder Opfer von rassistisch motivierten Gewaltdelikten werden, ist besonders wichtig. Ein großes Problem ist, dass von Diskriminierung Betroffene häufig kein Vertrauen zu bestehenden Institutionen haben, da unter anderem von diesen die Diskriminierung ausgeht. Das bezieht sich sowohl auf Behörden als auch auf Organisationen der Mehrheitsbevölkerung. Daher müssen Beratungs- und Unterstützungsangebote der Selbstorganisationen strukturell, institutionell und finanziell abgesichert werden.

Der BRV empfiehlt die bundesweite Etablierung von Antidiskriminierungsstellen nach dem Vorbild des Roma Antidiscrimination Network, um an die bereits entwickelte Antidiskriminierungs- und Empowerment-Arbeit, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit anzuknüpfen. Es müssen lokale Anlaufstellen nach dem Vorbild des RAN etabliert werden.

Weitere notwendige Maßnahmen im Umgang mit Diskriminierung und rassistisch motivierten Straftaten: unabhängige (d.h. nicht-staatliche) Beschwerdestellen einrichten, konsequente Verfolgung und Ahndung von antiziganistischen Straftaten, Sensibilisierung der Organe der Rechtspflege hinsichtlich rassistisch und rechtsextrem motivierter Gewalt, Sensibilisierung der Polizei zur Verhinderung von Polizeigewalt und Racial Profiling, unbürokratische rechtliche Unterstützung (einschließlich Finanzierung) für die Nebenklage der Geschädigten, unbürokratische finanzielle Entschädigung für die physischen und psychischen Folgen der erlittenen Gewalt.

Migrantische Roma müssen in allen öffentlichen Gremien vertreten sein, um Interessen, Identität, Geschichte und Perspektive von migrantischen Roma sicherzustellen und umzusetzen. Obwohl die *deutschen* Sinti und Roma mittlerweile die *Minderheit* unter den Roma in Deutschland sind, werden bis dato nur ihre Verbände mit Staatsverträgen und anderer struktureller Förderung bedacht. Es ist höchste Zeit, dass auch die migrantischen Roma-Verbände diese Möglichkeiten erhalten, da die Sinti-Verbände keinen Zugang zur migrantischen Roma-Community haben, wie die letzten Jahre und Jahrzehnte gezeigt haben. Hier sehen sich der Bundes Roma Verband und ähnliche Vereinigungen in der Verantwortung. Sie müssen endlich strukturell und finanziell gefördert und

abgesichert werden, wenn sich die Situation der migrantischen Roma in absehbarer Zeit verbessern soll. Ihre Probleme bestehen neben Rassismus aus Sprachbarrieren, Ausgrenzung durch jahrzehntelange Kettenduldungen und keine Unterstützung bei der Inklusion in die deutsche Gesellschaft mit all ihren negativen Folgen wie Perspektivlosigkeit der migrantischen Roma-Kinder. Für die Zukunft der migrantischen Roma ist es wichtig, sie in die Entscheidungsprozesse, die sie betreffen, einzubeziehen.

Eine Schwachstelle vieler Projekte der letzten Jahre war, dass sie nicht von Menschen aus den migrantischen Roma-Communities selbst durchgeführt worden sind, sondern von Organisationen, die in ihrem Namen sprechen, aber unzureichend in den Communities vernetzt sind und somit Projekte an den Bedarfen der Menschen vorbei machen. Es ist daher höchste Zeit, dass migrantische Roma-Selbstorganisationen generelle finanzielle und strukturelle Unabhängigkeit erhalten.

Diskussionsforum 2: Gesundheitsversorgung, Bildung, Beschäftigung, Wohnen und grundlegende Dienste

Gesundheit
Viele Roma sind durch Krieg, Vertreibung und langjährige Diskriminierung schwer traumatisiert. Dazu kommen die transgenerationell weitergegebenen Traumata mit massiven gesundheitlichen Folgen: Dadurch dass die Traumatisierungen nie aufgearbeitet wurden, haben sie schwerwiegende Folgen bis hin zu körperlichen Erkrankungen, die den Alltag der Menschen extrem erschweren. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, sie zu unterstützen. Auch die heute existierenden Einrichtungen für traumatisierte Geflüchtete sind nicht hinreichend qualifiziert, Menschen die seit Jahrzehnten unter Trauma und rassistischer Diskriminierung leiden, zu unterstützen. Es fehlt oft an Verständnis für die multiple Verfolgung, die die Menschen erlebt haben. Selbst das jahrzehntelange Leben mit dem fortwährend kurzfristig verlängerten Status einer sogenannten Kettenduldung führt zu einem Muster von gesundheitlichen Einschränkungen.
Zudem braucht es interkulturelle Lots_innen und Sprachmittler_innen mit medizinischen Kenntnissen, dezentral / übergreifend hinzuziehbar z.B. für Behandlungen in Krankenhäusern und die Gewährleistung regulärer und außerordentlicher medizinischer Hilfen für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz.

Bildung
Mentor_innen und Schulmediator_innen müssen ausgebildet und eingesetzt werden. Sie müssen notwendigerweise aus der migrantischen Roma-Community stammen und/oder zu ihr Zugang haben und idealerweise Romanes sprechen. Diese müssen durch die Selbstorganisationen ausgebildet werden und sollen in Schulen eingesetzt werden. Ihre Aufgabe besteht darin, vermittelnd zwischen Schule/Lehrpersonal und Familie/Schüler_in tätig zu werden, um soziale Benachteiligungen der Schüler_innen aufgrund ihrer Herkunft abzubauen und Bildungs- und Chancengleichheit zu ermöglichen.

Umfängliche Information in allen Bildungsstätten zum Thema Rassismus gegen Roma, Sensibilisierung aller Akteure, Abschaffung von Zuweisung in sogenannte Förderschulen, Verstärkung individueller pädagogischer Hilfen, bundesweite verbindliche Aufnahme des Porajmos in den Schulunterricht, Entwicklung universitärer Forschungs- und Fachbereiche zum Thema Rassismus gegen Roma.

Es braucht unbürokratischen Zugang zu Nachhilfe für Schüler_innen aus der migrantischen Roma-Community und Romanes-Sprachförderung für Menschen aus der migrantischen Roma-Community.

Beschäftigung
Der Arbeitsmarktzugang aus Drittstaaten für langfristige und angemessen bezahlte Arbeit sollte erleichtert werden, da aktuell der Zugang extrem bürokratisch ist. So bekommen Roma in den Balkanstaaten z.B. kaum einen Termin in der deutschen Botschaft vor Ort, da Angehörige der

Mehrheitsbevölkerung bevorzugt Termine bekommen und da die Terminvergabe für unqualifizierte Berufe besonders lang ist, aufgrund der spezifischen Situation viele Roma aber nicht über nachgewiesene Qualifikationen verfügen.
Wegen der Arbeit pendelnde Roma aus EU- und Nicht-EU-Staaten müssen bei der Suche nach Wohnraum unterstützt werden.
Es braucht Unterstützung bei der Suche und Bewerbung um Arbeit, unabhängig vom Aufenthaltsstatus sowie Angebote gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt, Bereitstellung von juristischer Beratung und Begleitung, einschließlich Verfolgung von rassistisch bedingten Kündigungen und Benachteiligungen auf dem Arbeitsplatz.
Es braucht gezielt Projekte zur Verbesserung der Chancen von Jugendlichen und Erwachsenen und ein staatlich gefördert Arbeitsmarkt sollte aufgebaut werden, um faire Arbeitsplätze anzubieten.

Wohnen und grundlegende Dienste
Viele migrantischen Roma müssen in sozialen Brennpunkten leben, was zusätzlich Vorurteile reproduziert und weitere Diskriminierung mit sich bringt und die Suche nach Arbeit und angemessenem Wohnraum sehr erschwert. Daher benötigt es Unterstützung bei der Wohnungssuche auf dem von rassistischen Vorurteilen geprägten Wohnungsmarkt. Familien mit Kindern müssen in angemessen großen Wohnungen untergebracht werden, in denen die Kinder lernen und sich entfalten können.
Mietberatung, Prüfung von Mietverträgen und Nebenkostenrechnungen, Strom, Telefon, Internet sollten unbürokratisch ermöglicht werden.
Migrantische Roma brauchen Unterstützung um aus der permanenten Migration in Bleiberechte und sichere Aufenthaltstitel oder Staatsbürgerschaft zu gelangen. Es braucht Supervisor-Kontaktstellen, bei denen migrantische Roma ihre Fallgeschichten darstellen und gesamte Asyl- und Aufenthaltsverfahren überprüfen lassen können mit dem Schwerpunkt Perspektivaufbau und Zugang zu Bleiberechten.
Um all diese Unterstützungsmaßnahmen qualifiziert anbieten zu können, brauchen die migrantischen Roma-Verbände angemessene strukturelle, institutionelle und finanzielle Förderung und Absicherung.